

christlich-katholischen Verbandswesen besetzten vopolitischen Raumes als Rekrutierungsbasis christdemokratischer Führungsfiguren und die daraus resultierende und noch lange nicht überwundene personelle Schwäche der Union – sie wurde nur angedeutet. Ein Thema ist auch daraus nicht geworden.

Warum denn nur soviel Problemscheu? Fehlt es letztlich an Interesse, oder waren es bloß die Verlegenheiten eines vorwiegend älteren akademischen Publikums? Des Rätsels Lösung kam interessanterweise von der „Sozialismus“-Referentin *Brigitte Seebacher-Brandt*. Ihren gekonnt bescheiden vorgetragenen Ausführungen zur Geschichte und Gegenwart wurde denn auch besonders aufmerksam zugehört. Die Diskussion danach brachte es auf den Punkt: Die Volksparteien insgesamt befinden sich im Zustand schwebender Erschöpfung. Da große Leitbilder fehlen, werden pragmatisch Sachzwänge verwaltet. Und was die geistige Substanz betrifft, nimmt jeder von jedem und alles fließt ineinander; liberales Gedankengut beflügelt die Sozialdemokratie, die Liberalen sind längst zu Sozialliberalen mit noch etwas bürgerlich-nationalem Erbe geworden. Und beide nähren sich, mehr oder weniger redlich, auf jeden Fall schön nachchristlich und selektiv vom christlichen Ethos. Dabei hätten Christdemokraten immerhin den Vorteil eines einigermaßen klaren Menschenbildes. Aber will man davon auch wirklich Gebrauch machen? *se*

Symptom

Der deutliche Anstieg der Kirchenaustritte

Verlässliches Zahlenmaterial liegt zwar noch nicht vor, aber das Faktum als solches ist durch zahlreiche konvergierende Einzelbeobachtungen hinreichend belegt. In den letzten Monaten ist die Zahl der Austritte sowohl aus der katholischen Kirche wie aus den Gliedkirchen der EKD in den

alten Bundesländern *sprunghaft angestiegen*, nicht nur in Großstädten, sondern auch in mittleren und kleineren Städten. Vielfach haben sich die Austrittszahlen seit Juli gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs mehr als verdoppelt. Als Begründung für ihren Schritt gaben die in den letzten Monaten ausgetretenen Kirchenmitglieder häufig den seit Juli erhobenen Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent auf die Lohn- und Einkommensteuer an.

In den letzten Jahren hatte sich die Zahl der Austritte bei den großen Kirchen in der Bundesrepublik *nur wenig verändert*. Die EKD-Gliedkirchen verzeichneten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre jeweils etwa 140 000 Austritte; 1989 waren es 147 753 Austritte, 1990 (hier liegen noch keine endgültigen Zahlen vor) offenbar nicht wesentlich mehr. Die katholischen Austrittszahlen stiegen von 74 172 im Jahr 1985 leicht auf 81 598 im Jahr 1987; 1988 traten 79 562 Personen aus der katholischen Kirche in der Bundesrepublik aus. Damit werden auf katholischer Seite jetzt wieder die Werte der großen Austrittswelle der frühen siebziger Jahre erreicht (1974 wurden 83 000 Austritte registriert, die bis dahin höchste Zahl seit Kriegsende). Die evangelischen Austrittszahlen der letzten Jahre liegen noch unter denen von damals (die bisherige Höchstzahl wurde 1974 mit 216 000 Austritten aus den EKD-Gliedkirchen erreicht).

Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen, ob die Zunahme der Austrittszahlen in den letzten Monaten sich nur als zeitlich begrenzter Ausschlag nach oben erweist oder Vorbote einer *längerfristigen neuen Austrittswelle* ist. Aber die jüngsten Kirchengaustritte mitsamt ihrem unmittelbaren bzw. auslösenden Anlaß Steuererhöhung sagen einiges aus über Zustand und Entwicklung der Kirchenbindung in der „alten“ Bundesrepublik. Für viele Protestanten wie Katholiken, die selbstverständlich in ihrer Kirche verwurzelt sind und sich an deren Leben beteiligen, mag es schwer verständlich sein, daß jemand wegen eines Steuerzuschlags aus der Kirche austritt, um durch den Wegfall

der Kirchensteuer den finanziellen Verlust wieder wettzumachen. Tatsache ist aber, daß ein nicht unerheblicher Teil der evangelischen und auch (wenn auch in vermutlich in geringem Umfang) der katholischen Kirchenmitglieder in den alten Bundesländern nur (noch) so lose mit ihrer Kirche verbunden ist, daß ein Anlaß wie die Steuererhöhung ausreicht, um sich nach bürgerlichem Recht von der Kirche zu verabschieden.

Bei der EKD-Umfrage zur Kirchenmitgliedschaft, deren Ergebnisse 1984 veröffentlicht wurden (vgl. HK, Oktober 1984, 448 ff.), bekundeten 11 Prozent der Befragten eine entschiedene Bereitschaft zum Kirchengaustritt, weitere 11 Prozent hatten schon öfters an einen Austritt gedacht, aber noch keinen endgültigen Entschluß gefaßt. Die Studie folgerte damals: „Es gibt zum Zeitpunkt der Erhebung hochgerechnet rund 4,6 Millionen Kirchenmitglieder über 14 Jahre, die sozusagen einen Fuß bereits aus der Kirche herausgesetzt haben“ (Was wird aus der Kirche?, Gütersloh 1984, S. 142). Diese Gruppe ist in den vergangenen Jahren sicher nicht kleiner, sondern eher größer geworden. Im übrigen gibt es gute Gründe für die Vermutung, daß sich die Problemlage auf *katholischer* Seite zunehmend der protestantischen annähert. Schließlich wird das katholische Teilnahmeverhalten in der Bundesrepublik vielfach „evangelischer“ (Kontakt mit der Kirche nur zu besonderen Anlässen im Jahr bzw. im Lebenslauf), läßt die Bindungskraft der über erstaunlich lange Zeit stabilen katholischen Milieus zunehmend nach.

Was sollen die Kirchen angesichts dieser Situation tun? Zunächst müssen sie sich darüber im klaren sein: es ist kein Naturgesetz und schon gar keine Botschaft begründete Selbstverständlichkeit, daß über 80 Prozent der Bevölkerung formell einer christlichen Kirche angehören. Schon der Blick in die ehemalige DDR kann hier hilfreich sein. Die Ausstrahlungskraft des Evangeliums ist nicht von einer möglichst hohen Zahl eingetragener Kirchenmitglieder abhängig; auch die „Christ-

lichkeit“ oder „Unchristlichkeit“ einer Gesellschaft läßt sich nicht einfach an diesem Maßstab ablesen. Der finanzielle Verlust an Kirchensteuer bei möglicherweise steigenden Austrittszahlen ließe sich vermutlich auffangen; unüberwindbare Probleme dürfte er jedenfalls kaum bereiten.

Das bedeutet nicht, die Kirchen könnten im Blick auf den Stand der Kirchenbindung in der Bundesrepublik im allgemeinen wie der Austrittszahlen im besonderen die Hände beruhigt in den Schoß legen und nach dem schönen Motto „business as usual“ verfahren. Auch Ausgetretene bleiben Adressaten der christlichen Botschaft und fallen im übrigen ja auch nicht automatisch aus dem Christentum als kulturell-ethischem Substrat unserer Gesellschaft heraus. Es wäre fatal, Pastoral und Verkündigung angesichts weiterer Lockerung der Bindungen an Glaube und Kirche im Sinn der Sammlung eines „heiligen Rests“ zu betreiben. Die Kirche darf niemanden einfach abschreiben, ihn schlicht und einfach als „abständig“ oder „ausgetreten“ qualifizieren und die Sache damit auf sich beruhen lassen. Sie braucht nicht wehmütig oder besorgt auf Mitgliederzahlen zu starren, wohl muß sie ein Haus mit offenen Türen sein.

ru

Profilierung

Die geplante Versammlung der evangelischen Kirchen Europas

Im Frühjahr 1992 soll in Budapest eine *Versammlung Evangelischer Kirchen in Europa* stattfinden. Zu ihr werden Vertreter aller evangelischen Kirchen eingeladen, die der „Konferenz Europäischer Kirchen“ (KEK) angehören, dem Zusammenschluß der nichtkatholischen Kirchen in Europa. Das war das wichtigste Ergebnis einer Konsultation evangelischer Bischöfe, Kirchenpräsidenten und Theologen aus verschiedenen europäischen Ländern, die Ende August in Basel abgehalten wurde. Thema der Budapester

Versammlung soll „Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirche im künftigen Europa“ sein; als Schwerpunkte werden dazu genannt: Die Verkündigung des Evangeliums angesichts der Säkularisation in ihren verschiedenen Formen; Mission und Evangelisation; Nationalismus und Minderheiten; Aufgabe der Kirchen im künftigen Europa.

Eine solche Initiative lag seit einiger Zeit gewissermaßen in der Luft. Schließlich machte sich seit der „Wende“ im bislang kommunistisch beherrschten Teil Europas verschiedentlich protestantischer Unmut über mangelnde europäische Präsenz bemerkbar. Der besorgte Blick auf die übernational organisierte katholische Kirche und ihre Europakonzepte bzw. -aktivitäten verband sich mit der selbstkritischen Einsicht, daß die evangelischen Kirchen in ihrer traditionell national- oder landeskirchlichen Gestalt die gemeinsamen Herausforderungen des neuen Europa vor lauter Eigenbrötelei verpassen könnten. Im Frühjahr 1990 lancierte *Reinhard Frieling*, Direktor des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim, auf diesem Hintergrund die Idee einer „Europäischen Evangelischen Synode“. In der Sache entspricht die Basler Initiative weitgehend diesem Vorschlag, auch wenn auf die Bezeichnung „Synode“ für die Versammlung verzichtet wurde, gegen die bei einem Teil der Kirchenvertreter Bedenken bestanden.

Das Kommuniqué der Basler Konsultation ist erkennbar darum bemüht, den Verdacht zu zerstreuen, beim Projekt „Versammlung Evangelischer Kirchen in Europa“ könnten *antiökumenisch-konfessionalistische Motive* im Spiel sein. Der Text enthält ein Bekenntnis zur Mitarbeit der evangelischen Kirchen in der ökumenischen Bewegung. Dann wird festgestellt: „Begegnung und Zusammenarbeit setzen aber Klarheit über das eigene Zeugnis voraus.“ Um wirksam an der ökumenischen Bewegung auf europäischer Ebene teilnehmen zu können, bräuchten die evangelischen Kirchen einen Ort, an dem ein Austausch über die Bedeutung ihrer eigenen Traditionen stattfinden könne.

Das Bestreben evangelischer Kirchen in Europa, sich angesichts der grundlegend veränderten Situation des Kontinents auf ihr gemeinsames Erbe zu besinnen und ihr spezifisches Profil im Konzert der anderen christlichen Stimmen in Europa zur Geltung zu bringen, ist *so verständlich wie legitim*. Angesichts der beträchtlichen Unterschiede in Größe, Status und Umfeld zwischen den evangelischen Kirchen Europas, dürfte es allerdings nicht leicht sein, die „Einheit des Protestantismus durch die Vertiefung und Fruchtbarmachung der Übereinstimmung zu fördern“ (so das Kommuniqué von Basel): Neben den lutherischen Staatskirchen Skandinaviens und den zahlenmäßig wie finanziell übermächtigen EKD-Gliedkirchen stehen kleine evangelische Minderheitskirchen in romanischen Ländern und die evangelischen Kirchen des bislang kommunistischen Europa, die noch alle Hände mit der Bewältigung ihrer Vergangenheit unter dem alten System und dem Neuaufbau zu tun haben.

Bei der Sondervollversammlung der Bischofssynode für Europa Ende November/Anfang Dezember werden Vertreter der anderen christlichen Kirchen als Beobachter anwesend sein. Über die Teilnahme nichtprotestantischer Beobachter an der Budapester Versammlung 1992 ist noch nicht entschieden, aber die anderen Kirchen werden sicher in irgendeiner Form präsent sein. Schon daran zeigt sich, daß bei allem Bemühen um Profilierung innerhalb einer Konfession oder Kirchenfamilie in Europa keine Kirche oder Konfession mehr isoliert agieren kann. Daran ändern auch noch bestehende oder wiederbelebte konfessionalistische Ressentiments nichts. Die kirchliche Landschaft des neuen Europa ist derzeit noch ebenso im Auf- bzw. Umbau begriffen wie die politisch-wirtschaftliche, alle großen Zweige der europäischen Christenheit, der katholische, reformatorische, orthodoxe und der anglikanische, haben gleichzeitig mit erheblichen internen Problemen zu tun. Es könnte also ökumenisch in den kommenden Jahren wieder interessanter werden.

ru